GEGEN DEN G20-GIPFEL IN HAMBURG

Kapitalismus oder Klimaschutz _5
Von Paris nach Hamburg

Feministinnen aller Länder vereinigt euch! _6
Wider den neoliberalen Feminismus und seine neoliberalen Spielarten

Zeitung der Interventionistischen Linken

Die Crux der Produktivität_7
Von der Wachstums- zur Kapitalismuskritik

„Migration managen"_8
Zwischen Abschottung und ökonomischer Verwertung

G20 – Die „Geschäftsbedingungen" des globalen Kapitalismus

G20 in Hamburg. Die „Leader" dieser Welt treffen sich. Die „Bösen" und die „Guten". Die Erdoğans und Putins und Trumps dieser Welt und die Trudeaus und Merkels. Und die dazwischen. Ihre Positionen so weit auseinander, eine Einigung unvorstellbar. So scheint zumindest die öffentliche Wahrnehmung. Was wollen die? Was soll das Ganze? Wann und wie und wofür sind die G20 entstanden?

G20 als Krisenverwalter

Manch einer mag vergessen haben, dass der Start für G20 in Berlin war. Der Finanzminister Hans Eichel und die Bundesregierung haben nach Startversuchen in den 1990er Jahren für den globalen Kapitalismus die Notwendigkeit stärkerer Koordination gesehen und so kam es zum Gründungstreffen der G20 im Dezember 1999 in Berlin. Allerdings sollten sich im Rahmen der G20 zunächst nur die Finanzminister regelmäßig treffen. Auf der Ebene der Staatschefs waren noch die G8-Treffen tonangebend. Aber schon das Gründungstreffen zeigte auf, in welche Richtung sich der globale Kapitalismus entwickeln würde und müsste. Der Kapitalismus als Dauerkrise – das war nicht zu übersehen und die für die Kapitaleigner notwendigen Maßnahmen auf Weltebene waren nicht einfach durchsetzbar. Die Schuldenkrise Lateinamerikas in den 1980er Jahren, die Asienkrise von 1997/98, das Scheitern des Investitionsschutzabkommens MAI im Dezember 1998 und die zwei Wochen vor der G20-Gründung gescheiterten Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle verwiesen auf die Grenzen der bisherigen Politik und auf die Notwendigkeit langfristiger Maßnahmen. Auf die Versuche der 1990er Jahre multilateral die Geschäftsbedingungen des globalen Kapitalismus festzulegen, konnte man sich nicht mehr verlassen. Zu unsicher waren die Ergebnisse, zu groß die Gefahr, dass zumindest ansatzweise auch diejenigen zu Wort kommen, für die der weltumspannende Kapitalismus keine Segnungen bereit hält. Das Scheitern der Welthandelsrunden in den 2000er Jahren hat diese Einschätzung dann bestätigt.

Und genau so liest sich das knappe Kommunique von Berlin 1999. Auf nur einer Seite werden die wesentlichen Punkte benannt: Gebraucht wird ein „neuer Mechanismus" für „informelle Gespräche" zwischen den „systemisch signifikanten Ökonomien", um den wichtigsten „Verwundbarkeiten", denen man noch „kürzlich ins Gesicht sehen" musste, zu begegnen. Dazu gehört natürlich ein starkes „Schulden-Management" und dazu muss „leadership" demonstriert werden. Ziel des Ganzen – wie könnte es anders sein – ist ein nachhaltiges Weltwirtschaftswachstum mit dem zynischen Nachsatz: „that benefits all".

Es sollte noch zehn Jahre brauchen, eine zerstörerische Weltwirtschaftskrise und die Erkenntnis, dass die G8 tatsächlich delegitimiert sind, bis aus der Asche der Krise die G20 aufstiegen mit dem Versprechen, die Fehler zu beseitigen und eine stabile Weltfinanzarchitektur zu bauen, die dem Kapital das Wachstum bringen sollte, das es will und braucht.

Das Problem der Repräsentanz

Die 2006 einsetzende Weltwirtschaftskrise kann man tatsächlich als Ausgangspunkt für die G20 betrachten. Sie diente als Möglichkeit, die Legitimationskrise der G8/G7 zu überwinden. Erinnern wir uns an Heiligendamm, wo all das offensichtlich wurde. Heute gilt die „80/80/80-Regel":

Fortsetzung auf Seite 3

5.7.

Alternativgipfel: Gipfel für globale Solidarität
www.solidarity-summit.org

G20-Camp
Alle Infos unter
www.g20-camp.de
www.g20camp.noblogs.org

6.7.

Antikapitalistische Demo
G20 – Welcome to hell!
www.g20tohell.blackblogs.org

7.7.

Block G20 – Colour the Red Zone
www.blockg20.org

Die Logistik des Kapitals lahmlegen
www.shutdown-hamburg.org

Bildungstreik:
Jugend gegen G20

8.7.

Großdemonstration
„Grenzenlose Solidarität statt G20!"
www.g20-demo.de

www.g20hamburg.org

Editorial

„Stabilität sichern – Zukunftsfähigkeit verbessern – Verantwortung übernehmen“: So lautet das Motto der G20 unter dem Label des Kreuzknotens, mit dem sie Solidarität und Vernetzung symbolisieren wollen.
Jede*r, der oder die sich ein bisschen mit der Materie auskennt, weiß, dass der nun so gut wie gar nicht hält: „Der Kreuzknoten hat wahrscheinlich mehr Tote und Verletzte auf dem Gewissen als das Versagen eines halben Dutzends anderer Knoten zusammen“, heißt es in Ashleys Buch der Knoten. Ganz so wie die Politik der beim G20 Versammelten.

Und damit ist eigentlich auch schon klar, warum wir dabei sein werden. Sie wollen uns das Unmögliche als einzig mögliche Politik verkaufen: Krisen einhegen, die dieser Kapitalismus produziert, ohne ihn abzuschaffen, Klimakatastrophen bereden, ohne Schluss zu machen mit Wachstum und schamloser Ressourcenausbeutung, und Verantwortung übernehmen, indem sie die Kriegs- und Hungerleidenden in ihren Ländern einknasten. Resilienz – Widerstandsfähigkeit ist das Thema, mit dem sie ihre Ökonomien absichern und uns abstumpfen und korrumpieren wollen, damit wir ja nicht auf die Idee kommen, dass Widerstand gegen das Ganze nötig und die einzige Hoffnung ist.

Vom 7. bis zum 8. Juli treffen sich in Hamburg die Staatschefs der G20. Und ob Trump (USA), Erdoğan (Türkei), Temer (Brasilien) oder Merkel (Deutschland), es geht ihnen allen doch nur um ein „Weiter so“; darum, die große Maschine der Verwertung, Verwertung, Verwertung am Laufen zu halten, egal ob unter der Fahne von nationalem, religiös verbrämtem Chauvinismus, repräsentativer Demokratie oder hemmungslosem Liberalismus.

Wir werden ihnen die Inszenierung ihres Krisenmanagements so nicht durchgehen lassen! Man werde sich die Agenda nicht von jenen bestimmen lassen, „die sich noch nie für etwas eingesetzt haben“, sagte der Hamburger Oberbürgermeister Scholz über uns. Doch, Herr Scholz, rechnen Sie mit uns! Wir werden ihrem jetzt schon alltäglichen Ausnahmezustand, der sich in der irren Polizeimobilmachung und den neuen Polizeigesetzen verschärft, unseren Ausnahmezustand entgegensetzen: auf dem Alternativgipfel, den Aktionstagen und der Demo. Wir werden unsere Vernunft gegen ihre Unvernunft stellen, unsere Kreativität, unseren Widerstand und unsere Buntheit gegen ihre Resilienz, unsere Solidarität gegen ihre Verantwortungslosigkeit! Wir werden kommen, wir werden bleiben. Wie schon 2007 in Heiligendamm. Von uns wird man reden, an Sie wird sich Wikipedia bald nur noch mit einer Zeile erinnern.

So mookt wi dat.

Inhalt

1
G20 – Die „Geschäftsbedingungen“ des globalen Kapitalismus

2
Editorial

Rosa Luxemburg
„Aktuelle“ Interviews zum G20-Gipfel

3
G20 – Die „Geschäftsbedingungen“ des globalen Kapitalismus
Fortsetzung von Seite 1

Die G20 gegen den Rest der Welt

Schnaps trinken gegen Trump

Recht auf Stadt

4
Resilienzkapitalismus
Unsicherheit – das neue Narrativ

TTIP oder was?
Vom Unbehagen am Freihandel zur Kapitalismuskritik

5
Der Diebesknoten und seine Opfer
Von der falschen Wahl eines richtigen Logos

Kapitalismus oder Klimaschutz
Von Paris nach Hamburg

6
Feministinnen aller Länder vereinigt euch!
Wider den neoliberalen Feminismus und seine neoliberalen Spielarten

Hamburg gegen G20

Karl Marx
„Aktuelle“ Interviews zum G20-Gipfel

7
Die Crux der Produktivität
Von der Wachstums- zur Kapitalismuskritik

Solidarität mit Rojava
Ein gesellschaftliches Experiment inmitten des Krieges

Refugees Welcome?

8
Ernst Bloch
„Aktuelle“ Interviews zum G20-Gipfel

„Migration managen“
Zwischen Abschottung und ökonomischer Verwertung

Impressum

Rosa Luxemburg

„Aktuelle“ Interviews zum G20-Gipfel

? *Wenn man sich anschaut, wer in diesem Jahr zum G20-Gipfel nach Hamburg kommt, denkt man: das reinste Gruselkabinett! Wie kann es sein, dass so unterschiedliche Figuren im Kapitalismus zusammenkommen?*

RL „Zwischen der kapitalistischen Entwicklung und der Demokratie läßt sich kein allgemeiner absoluter Zusammenhang konstruieren. Die politische Form ist jedesmal das Ergebnis der ganzen Summe politischer, innerer und äußerer, Faktoren und läßt in ihren Grenzen die ganze Stufenleiter von der absoluten Monarchie bis zur demokratischen Republik zu.“

? *Der Fokus der G20 liegt auf der Ökonomie. Das Wachstum der Wirtschaft ist das Mantra in Dauerschleife. Wie können wir hier politisch agieren?*

RL „In einem Staate, wo jede Form und jede Äußerung der Arbeiterbewegung verboten, wo der einfachste Streik ein politisches Verbrechen ist, muß auch logischerweise jeder ökonomische Kampf zum politischen werden.“

? *Was sind die Antriebskräfte, die auch hinter dem G20-Gipfel in Hamburg stehen?*

RL „Der Produzent, der nicht bloß Waren, sondern Kapital produziert, muß vor allem Mehrwert erzeugen. Mehrwert ist das Endziel und das bewegende Motiv des kapitalistischen Produzenten.“

? *Was ist die andere Seite dieser Mehrwertproduktion? Das Ganze geht ja nicht klinisch sauber über die Bühne.*

RL „Die andere Seite der Kapitalakkumulation vollzieht sich zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen. Ihr Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege. Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe, unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden.“

? *Aber die Vertreter*Innen der liberalen Demokratien gerieren sich als Lichtgestalten eines Fortschrittsprozesses zum Immer-Besseren. Vor ein paar Jahren faselten manche sogar schon vom Ende der Geschichte. Ist das nicht ein unfassbares Zerrbild?*

RL „Die bürgerlich-liberale Theorie faßt nur die eine Seite: die Domäne des ‚friedlichen Wettbewerbs‘, der technischen Wunderwerke und des reinen Warenhandels, ins Auge, um die andere Seite, das Gebiet der geräuschvollen Gewaltstreiche des Kapitals, als mehr oder minder zufällige Äußerungen der ‚auswärtigen Politik‘ von der ökonomischen Domäne des Kapitals zu trennen.“

? *Was ist möglich und wer sind die Menschen, die diese Kämpfe führen?*

RL „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst.“

G20 – Die „Geschäftsbedingungen“ des globalen Kapitalismus

Fortsetzung von Seite 1

Wir, die G20, repräsentieren mehr als 80% des Weltbruttoinlandsprodukts, des Welthandels und der weltweiten CO_2-Emissionen und darum ist es offensichtlich, dass wir für diese Welt sprechen und handeln können. Denn wir repräsentieren darüber hinaus mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung.
Diese Argumentation wird von vielen gebetsmühlenhaft wiederholt: von den Regierenden dieser G20 über die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen bis hin zu einer Reihe von NGOs, die daraus die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Dialogs zum Wohl dieser Welt ableiten. Dabei ist der Zynismus dieser Argumentation offensichtlich. Hier trifft das alte Sprichwort zu: Es ist nichts anderes als der Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Die Verursacher dieser Krise und die Zerstörer dieser Welt beanspruchen Führung: Weil wir für mehr als 80% der CO_2-Emissionen stehen, sind wir die quasi-natürlichen Leader dieser Welt. Und obwohl es stimmt, dass in den G20-Staaten mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, lässt sich daraus wohl kaum eine legitime Repräsentation ableiten. Auch in ihren Ländern repräsentieren sie nicht die Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung. Wenn die G20 für etwas stehen, dann für die weltumspannenden Interessen des Kapitals. Und allein dafür ist die vermeintliche Widersprüchlichkeit und Heterogenität der nach Hamburg kommenden Leader kein Hindernis, sondern ein Vorteil. Sie decken das Spektrum ab, innerhalb dessen der Kapitalismus agieren kann, und nicht immer ist die neoliberale und vermeintlich weltoffene Variante der Merkels und Trudeaus die beste Lösung. Wo diese an ihre Grenzen stößt, kann die rechts-nationalistische Trump-Karte gezogen werden. Aber auch die autoritären Spielarten von Erdoğan über Putin bis zur chinesischen Führungsclique sind im Boot. Und vergessen wir nicht die fundamenalistisch-royale Variante aus Saudi-Arabien. Aus dieser Perspektive gewinnt die Frage der Repräsentation eine ganz andere Bedeutung. Aber die Mehrheit der Weltbevölkerung repräsentieren sie nicht. Die Menschen dieser Welt werden in Hamburg durch die G20 nicht vertreten sein!

„Wachstum, Wachstum, Wachstum“
Was ist die Agenda und was ist nach 2008 passiert? Es wäre ein großer Fehler, aus der vermeintlichen Widersprüchlichkeit der Teilnehmer*innen abzuleiten, dass die G20-Treffen eine Gesprächsrunde ohne konkrete Ergebnisse sind. Liest man die Abschlusskommuniques, so gibt es selbstverständlich mantrahafte Wiederholungen wie schon nach jedem G8-Gipfel: Wachstum, Wachstum, Wachstum. Und es könnte auch gar nicht anders sein, insofern das weltweite Kapital nichts dringender braucht als Anlagemöglichkeiten zu seiner Verwertung. Kommt dieser Prozess ins Stocken, so tritt die nächste Krise an die Oberfläche.
Zumindest klarmachen muss man sich, dass der zentrale Ort der Aushandlung der Rahmenbedingungen nach der Weltwirtschaftskrise auf eine andere Ebene verlagert wurde. Offensichtlich haben die Regierenden der G7 akzeptiert, was die Konzerne dieser Welt schon längst in ihrem Alltag realisiert haben: dass ihr Aktionsfeld nicht mehr im Norden und Westen dieser Welt liegt. Insofern war die Verschiebung zu G20 eher eine Nachholaktion. Zugleich ist damit das Signal gesetzt, dass es für all die vorhandenen Widersprüche einen Ort geben muss, wo sie integriert werden können. Dass dieser Ort in keiner Weise demokratisch legitimiert werden muss, macht die Sache leichter. Es verweist – zumindest an dieser Stelle – auf „Einigkeit“, auf ein commitment und damit letztendlich auf Unterwerfung unter das (abstrakte) Diktat des Weltkapitals.
Darüber hinaus sind die G20 tatsächlich aus einem Krisenbewältigungsaktionismus hervorgegangen, der signalisieren sollte: Wir nehmen die Krisen der Welt ernst und handeln. Bei genauerem Hinsehen ist festzustellen, dass selbst die konkret vereinbarten Maßnahmen nur unzulänglich umgesetzt wurden, aber vielleicht war auch das das entscheidende Signal: Macht euch keine Sorgen! Es wird weitergehen wie bisher. Unserer Aufgabe, den Planeten und seine Menschen auszuplündern, werden wir gerecht werden!

Wachstum heißt Verwüstung
„Falsche Anreize im Bonussystem, übersteigerte Gewinnansprüche, verantwortungsloses Verhalten zulasten Dritter – da war viel fehlgeleitete Kreativität im Spiel.“ (Joachim Gauck)
Auf diesem Niveau bewegt sich die Analyse der Krise. Egal, ob der Mann das wirklich geglaubt hat, das Zitat verweist tatsächlich auf die Ebene der Fehlerbehebung. Die innerhalb der kapitalistischen Ökonomie agierenden Ökonomen und Politiker können und wollen nicht verstehen, was das Problem ist: Die Verwertung einer stetig steigenden Kapitalmenge, die damit verbundene ungebremste Durchdringung aller Lebensbereiche zur Verwertung, die Produktion eines dieser Verwertungsmaschinerie entsprechenden weltweiten Subjekts und die dementsprechenden Verwüstungen des Planeten. Deshalb kann die Antwort auf jegliche Krise nur sein: Wachstum. Und sie ist – auch wenn sie ständig wiederholt wird – aus dieser Logik heraus auch „richtig“, alle G20-Leader können sich ihr anschließen. Aber diese Logik ist die Logik der Verwüstung.

Die Erzählung von der Unsicherheit
Trotzdem hat sich nach der Krise 2007 eine Verschiebung ergeben, die in gewisser Weise das Spezifikum der neuen G20 gegenüber den G8 ausmacht. Die Kommuniques lassen erkennen, dass die Tatsache der Krise anerkannt wird und sie wird zugleich produktiv gewendet. Nicht das Versprechen von Wohlstand für alle – auch wenn es nie gegolten hat – steht an erster Stelle der Agenda, sondern die Akzeptanz der Tatsache, dass sich die Welt im Dauerkrisenmodus befindet. Unsicherheit wird zum ständigen Begleiter des Lebens auf diesem Planeten. Und genau das wird zum Thema der G20: Wie lassen sich, angesichts der oder besser mit der nicht zu leugnenden Unsicherheit, die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals sichern und erweitern. Und die Antwort ist logisch und klar: indem die Probleme selbst zu Geschäftsfeldern des Kapitals werden – die Zerstörungen der Erde und die Modulierungen der Subjekte. All das hat natürlich schon längst begonnen, aber dementsprechend, so L. H. Röller, Berater der Bundeskanzlerin, braucht es ein neues Narrativ: das Narrativ der Unsicherheit. Es geht darum, „mit Gefühlen der Unsicherheit umzugehen. Ist die Welt bereit mit dieser globalen Herausforderung umzugehen, wenn sie auftritt.“ Das ist das Narrativ, die neue Erzählung, die in Hamburg auf der Tagesordnung stehen soll! Und eine Antwort auf die Herausforderung ist: Resilienz – Widerstandsfähigkeit.
Die Unsicherheit, die der Kapitalismus Tag für Tag Milliarden von Menschen aufbürdet, soll nicht einmal mehr in einem Kommunique beseitigt werden. Es geht darum, ihr standzuhalten. Das ist es, was diese Weltordnung den Menschen bereithält: Hältst du es aus, dann kannst du dabei sein. Wenn nicht, bist du draußen! Aus dieser Perspektive ziehen die Leader, die in Hamburg auftreten werden, konsequent an einem Strang. Und diese Perspektive ist es, die uns sagen lässt: Wir werden dieses tödliche Spiel nicht mitspielen.

Der Aufgabe, den Planeten und seine Menschen auszuplündern, werden sie gerecht werden!

Schnaps trinken gegen Trump

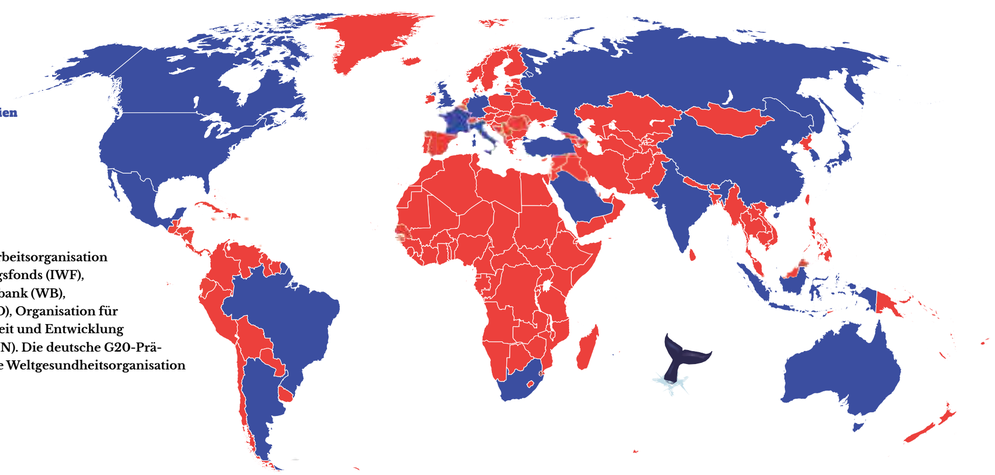
Die „Erfindung“ des Soli-Mexikaners war eine Schnapsidee. In der St.-Pauli-Kneipe Zoo diskutierten einige Aktivist*innen zur späten Stunde leidenschaftlich über Trump, dessen geplanten Hamburgbesuch und den geplanten Mauerbau an der Grenze zu Mexiko. Als jemand die Schnaps-Bestellung aufgab, war die Idee geboren: Mexikaner, Trump, G20-Protest, passt doch wie die Faust auf´s Auge. Inzwischen bieten mehr als 150 Kneipen weltweit den feurigen Tomatenschnaps feil, der der Legende nach vor 30 Jahren in einer Kiezkneipe erfunden wurde. Das Beste: mit jedem verkauften Getränk unterstützen die mitmachenden Kneipen den Protest gegen den G20-Gipfel. Innerhalb weniger Wochen kamen auf diese Art bereits mehr als 3000 Euro zusammen.

Recht auf Stadt

„Nehmen wir uns das Recht auf Stadt! Es liegt auf der Straße, es hängt in Bäumen und versteckt sich unter Pflastersteinen.“ Mit diesen Worten luden Stadtteil-Aktivist*innen bereits 2009 zur ersten Recht-auf-Stadt-Tagung in Hamburg ein. Es bildete sich ein breit gefächertes Netzwerk, das gegen Verdrängung und Vertreibung Sturm lief, den Mietenwahnsinn skandalisierte und den Kampf um Freiräume wie das Gängeviertel mit der ersten Hausbesetzung des neuen Jahrtausends erfolgreich aufnahm. Auch in und vor den Tagen des G20-Gipfel werden sich die Stadtteil-Aktivist*innen zu Wort melden und sich die Stadt mit den für sie typischen Aktionsformen aneignen – laut, bunt und unberechenbar. Angedacht sind Platzbesetzungen, Techno-Raves und öffentliche Versammlungen der Bewohner*innen.
Infos: www.rechtaufsstadt.net

Die G20 gegen den Rest der Welt

Argentinien
Australien
Brasilien
China
Deutschland
Frankreich
Großbritannien
Indien
Indonesien
Italien
Japan
Kanada
Mexiko
Russland
Saudi-Arabien
Südafrika
Südkorea
Türkei
USA
EU



Immer dabei: Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Internationaler Währungsfonds (IWF), Finanzstabilitätsrat (FSB), Weltbank (WB), Welthandelsorganisation (WTO), Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Vereinten Nationen (UN). Die deutsche G20-Präsidentschaft hat 2017 zudem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eingeladen.

Resilienzkapitalismus

Unsicherheit – das neue Narrativ

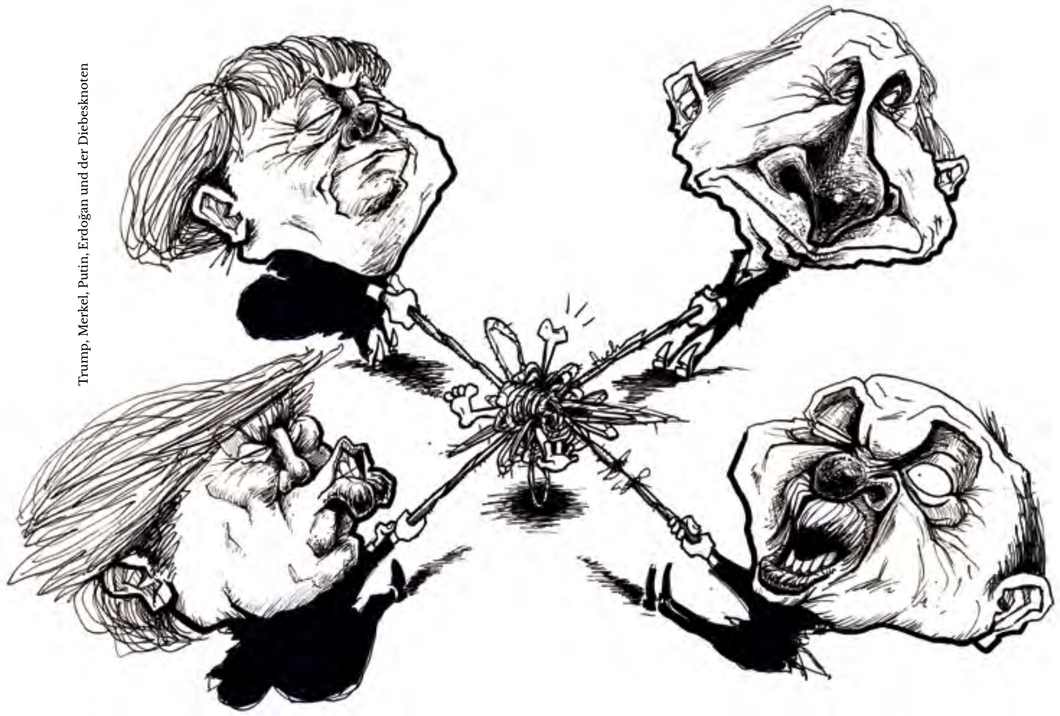
Der Begriff der Resilienz hält zunehmend Einzug in die offiziellen Verlautbarungen der G20. Resilienz meint „Widerstandsfähigkeit" und sagt: In Krisenzeiten müssen wir widerstandsfähig sein. Doch geht es dabei um emanzipatorische Rebellion?

Wer kennt Lars Hendrik Röller? Lars Hendrik Röller ist der Sherpa der Bundeskanzlerin. „Sherpa" ist die offizielle Bezeichnung der Manager hinter den Regierungschef*innen, die die G20-Gipfel vorbereiten und im Hintergrund koordinieren. Am 1. Dezember 2016 tritt Röller vor die T20-Vertreter*innen, einem Netzwerk von Thinktanks der G20-Staaten, und damit eigentlich auch vor die Weltöffentlichkeit, um die Agenda der Bundesregierung vorzustellen.
Wer sich sich das Video anschaut – was kaum jemand tut – sieht dort in einem eleganten Setting einen im besten American-English parlierenden Managertypen, weltoffen und redegewandt und eigentlich sagt er lange nichts. Nach spätestens zehn Minuten werden die meisten das Video ausgemacht haben. Aber in Minute 14 wird es interessant. Röller stellt das neue Narrativ der G20 vor.
Was ist dieses Narrativ? Anstatt eine Geschichte zu erzählen, werden daraus zwei sich ergänzende Begriffe: Unsicherheit und Resilienz.

„Resilient" statt „nachhaltig"

„Wir haben uns gedacht der Geschichte noch einen anderen Gesichtspunkt hinzuzufügen und das ist das Konzept der Resilienz, Unsicherheit, das Risiko. Die Menschen sind besorgt darüber, ob es da nicht eine Art Unsicherheit/Ungewissheit als Kehrseitenrisiko angesichts ihres ökonomischen Auskommens gibt. Und wir nehmen das Thema und wir bauen darauf Resilienz als Teil einer Erfüllungsgeschichte … da gibt es auch etwas über Umgehen mit den Gefühlen von Unsicherheit. Ist die Welt vorbereitet dafür, mit den globalen Herausforderungen umzugehen, wenn sie auftauchen? Und da gibt es zwei Teile. Ein Teil ist Prävention, der andere ist, wenn die Herausforderungen da sind, mit ihnen umzugehen." Was passiert da? Worauf läuft das hinaus? In den letzten Jahren ist das Konzept der Resilienz mehr und mehr in die unterschiedlichsten Forschungsbereiche und die öffentlichen Diskussionen vorgedrungen. Stadtplanung zum Beispiel fragt zukünftig nicht mehr nach einer „nachhaltigen" Stadt, sondern nach einer resilienten. Die Risiken (so die des Klimawandels) werden nicht mehr abzuwenden sein. Es wird darauf ankommen, sie zu bestehen. Die Kinder in der Schule brauchen kein solidarisches Miteinander, um auf das spätere Leben vorbereitet zu werden. Vielmehr müssen sie resilient werden: das aushalten, was geschieht und im Idealfall an sich abprallen lassen.
Nach der Krise 2007 hält der Begriff der Resilienz zunehmend Einzug in offizielle Verlautbarungen, vor allem in Bezug auf die Finanzarchitektur. Diese soll resilient werden. Die Frage nach den Ursachen kommt in dieser Erzählung noch weniger vor. Im beiläufigen Smalltalk-Ton macht der Sherpa der Bundeskanzlerin der Welt klar: Macht euch auf etwas gefasst! – Und niemand hört zu.
Was für die Finanzarchitektur gilt, wird auch für die Menschen gelten, für die hier die Basisbedingungen ihres Lebens festgezurrt werden. Die resiliente Finanzarchitektur braucht auch den resilienten Menschen, den Politikwissenschaftler Marc Neocleus die „Bereitschaftsmaschine" nennt.
Was das im politischen Alltag bedeutet, hat Volker Kauder – möglicherweise unfreiwillig – als grausame Konsequenz dieser individualisierenden neoliberalen Perspektive präzise formuliert, als er nach einem Besuch im Bürgerkriegsland Irak im Sommer 2014 eine Hilfestellung in Aussicht stellt, die an die vorab zu erbringende individuelle Überlebensleistung gekoppelt ist und damit das entkernt, was einmal mit dem Begriff Solidarität verbunden war: „Ich finde, dass wir weitere Flüchtlinge aufnehmen müssen, wenn sie es bis zu uns schaffen."

»Wir sind dabei, Bereitschaftsmaschinen zu werden. Eine Bereitschaftsmaschine zu sein, macht uns in den Augen des Staates zu einem guten Bürger. Jederzeit in Bereitschaft versetzt, verlieren wir die Fähigkeit, uns eine andere Zukunft als die des plötzlichen Angriffs vorzustellen, auf den wir uns vorzubereiten haben. Die Resilienz ist der Mechanismus, der unsere politische Einbildungskraft überwacht und zu kolonisieren versucht. Deshalb wird unsere Subjektivität zum Resilienztraining verpflichtet, als einer Technologie des Selbst, die den ultimativen Traum der Polizei verwirklicht, jede mögliche Alternative auszuschließen.
Unsere Verunsicherung als Subjekte, als Arbeiter, als Bürger wird damit einer Struktur der permanenten Selbstüberwachung unterstellt. Wir dürfen die Bereitschaftsmaschinerie nicht in Frage stellen. So recycelt unsere Resilienz das vom Kapital verursachte Leiden zugunsten des Kapitals: Wir sollen uns die Zukunft als Katastrophe vorstellen, um für das gerüstet zu sein, was das Kapital uns abverlangt.«
– Marc Neocleous –



Trump, Merkel, Putin, Erdoğan und der Diebesknoten

Der Diebesknoten und seine Opfer

Von der falschen Wahl eines richtigen Logos

Die deutsche G20-Präsidentschaft hat sich zum Ziel gesetzt, unsere vernetzte Welt zu gestalten. Seefahrt und Globalisierung, die vielfältigen Themen des diesjährigen Gipfels und die Stadt Hamburg – das alles soll das Logo des Treffens zusammenbringen. Doch die Bundesregierung hat sich verwählt. Laut Bundesregierung wird ein Kreuzknoten dargestellt, der von alters her als „stabile und elastische" Verbindung bekannt ist. Er wird oft auch Doppelknoten, Reffknoten, Samariterknoten oder Weberknoten genannt.
Die genauere Betrachtung des animierten Logos zeigt aber, dass es sich eigentlich um den Diebesknoten handelt, der auch als „falscher Kreuzknoten" bezeichnet wird. Weil er nicht haltbar ist und bei Belastung nachgibt, gilt er als Scherzknoten. Viele Seemänner dürften dem Diebesknoten des Nachts mit samt ihrer Hängematte zum Opfer gefallen und unsanft auf den harten Planken erwacht sein.
Abgesehen davon, dass sich die G20 bei der Wahl des Knotens vertan haben, steht auch der Kreuzknoten nicht für das, was versprochen wird. Als Reffknoten, zum Verschnüren von Paketen zum Beispiel, ist er hervorragend geeignet. Als stabile oder sogar stabil-elastische Verbindung sollte er unter keinen Umständen verwendet werden. Das Ashley Book of Knots schreibt über den Kreuzknoten folgendes: „There have probably been more lives lost as a result of using a SQUARE KNOT as a bend (um zwei Seilenden zu verknoten) than from the failure of any other half dozen knots combined."
Irgendwie passend.
Genau wie beim Logo geht es im Slogan des Treffens auch um Gestaltung: „Eine vernetzte Welt gestalten". Aber die G20 haben kein Interesse an guter Gestaltung und das nicht nur bei ihrem Logo. Zwischen guter und schlechter Gestaltung gibt es einen gravierenden Unterschied: Schlechte Gestaltung ist Symptombekämpfung. Gute Gestaltung hingegen bedeutet, dass Probleme erkannt, gefunden und verstanden werden. Dann können sie an ihrem Ursprung behandelt oder, anders gesagt, an der Wurzel gepackt werden.
Wenn überhaupt, so bekämpfen die G20 nur Symptome eines viel tiefer liegenden Problems. Klimawandel, Flucht, Ausbeutung und Krieg können wir nur wirksam bekämpfen, wenn wir auch die Ursache des Problems erkennen.
Gute Gestaltung erkennt den globalen Kapitalismus als Problem und wird sich nicht damit zufriedengeben, das Problem weiterhin als Teil der Lösung zu betrachten.

TTIP oder was?

Vom Unbehagen am Freihandel zur Kapitalismuskritik

Mit Trump gegen TTIP? Oder warum die TTIP- und CETA-Gegner einen Schritt weiter gehen müssen.

Jetzt kommt Trump also nach Hamburg. Und im letzten und vorletzten Herbst gab es die größten Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland seit langer Zeit. Gegen TTIP. Was für einen Grund gibt es, nun in Hamburg gegen G20 auf die Straße zu gehen? Die G20 sind sich, was den Freihandel angeht, doch gar nicht einig. Außerdem kommt man ja in Teufels Küche, wenn man denn nun mit Trump zusammen gegen TTIP ist. Und wenn man gegen Trump ist, ist man also für den kanadischen Premierminister Trudeau? Also für CETA, weil dann ein weltoffener Kapitalismus doch noch besser ist, als rechtspopulistisches Protektionismusgeschwafel …

Trump oder Trudeau?

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die TTIP- und CETA-Gegner einen Schritt weiter gehen müssen und können. Der G20-Gipfel in Hamburg zeigt: Hier geht es nicht um eine Detailfrage in einer ansonsten halbwegs akzeptablen Weltordnung. Hier geht es um die Weltordnung selbst. Das lässt sich zum Beispiel sehr klar an Trudeau und Trump zeigen: wie sich nämlich hinter der vermeintlichen Differenz eine Einigkeit verbirgt, die nicht zur Kenntnis genommen wird. Trudeau setzt Zeichen gegen Rassismus, plädiert für Weltoffenheit und lässt sich mit syrischen Flüchtlingen fotografieren. Das ist geschickt und verbirgt die faktische Politik dahinter. Wenn es um Öl geht, sind ihm die Rechte der Indigenen in allen Teilen Kanadas herzlich egal. Umweltzerstörende Ölpiplineprojekte, gegen die diese protestieren, werden von ihm kurzerhand durchgewunken. Und an dieser Stelle ist er, wie wir wissen, mit Trump in bester Gesellschaft. Der Kampf der Indigenen in North Dakota wird durch Trump mit brutaler Gewalt und im Interesse auch seiner eigenen Unternehmungen ausradiert. Gibt es hier Differenzen? Vielleicht die, dass Kanada in Bezug auf die Ölproduktion zumindest im Moment ein größeres Interesse an CETA haben muss als die USA, weil es ja darum geht, kanadisches Öl und Gas nach Europa zu exportieren. Für alles Weitere genügen den USA, wie wir wissen, die Firmenniederlassungen in Toronto.

Hier geht es nicht um eine Detailfrage, sondern um die Weltordnung selbst.

Neoliberalismus unterschiedlicher Spielarten

Und auch mit Trumps Anliegen, an NAFTA Korrekturen anzubringen, hat Trudeau keine Probleme. Zwischen Kanada und den USA läuft es prima. Nachverhandelt werden soll der Teil, der Mexiko betrifft. Hier sieht Trump für die USA nur Probleme und Nachteile. Damit aber hat Trudeau kein Problem.
Hierbei nachzubessern, mit diesem Versuch ist Trump in bester Gesellschaft und kann sich durchaus ein Beispiel an den deutschen bzw. EU-Verträgen mit afrikanischen Staaten nehmen. Nicht unerheblich ist ja, dass die Wall Street – neben allem öffentlichen Geschrei – die Maßnahmen Trumps mit einem Sprung des Dow-Jones-Index nach oben honoriert hat. Gehörte doch zu den ersten Streichungen Trumps die der zaghaften Regulierungsversuche der Obama-Administration, gegen die schon die EU Sturm gelaufen ist.
Aus dieser Perspektive wird deutlich, dass es nicht ausreicht, sich ein einzelnes Freihandelsabkommen auf die Agenda „Was denn zu verhindern wäre" zu setzen. Vielmehr wird es darauf ankommen, die gesamte Entwicklung zu verfolgen und sich klar zu machen, dass Freihandelsabkommen und möglicherweise protektionistische Maßnahmen Aktivitäten in einem Setting sind, die durchaus widersprüchlich erscheinen, aber sich dennoch in einem Gesamtrahmen wiederfinden, der diese scheinbaren Widersprüche problemlos aushält. Anders als die neoliberalen Ideologen behaupten, gibt es den Neoliberalismus niemals in Reinform, sondern nur in unterschiedlichen Spielarten, die sich lediglich an einem Punkt nicht unterscheiden: der maximalen Verwertung des Kapitals!

Kapitalismus oder Klimaschutz?

Von Paris nach Hamburg

Die deutsche Bundesregierung zeigt sich in Bezug auf das Engagement gegen den menschheitsbedrohenden Klimawandel gern als Vorreiterin. Daher ist sie bemüht, ihren G20-Vorsitz dazu zu nutzen, den Klimaschutz beim Treffen in Hamburg stärker in den Fokus zu rücken, als es bisher der Fall war. Die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sagt dazu im Vorfeld des Gipfels: „Bisher redet die G20 vor allem über Finanzen – dass wir jetzt Ressourcen, Klima und Umwelt ins Spiel bringen wollen, ist durchaus Neuland."

Die G20 scheinen das richtige Forum zu sein, um ernst zu machen und der fundamentalen globalen Bedrohung wirksam zu begegnen. Denn immerhin sind die 20 größten Volkswirtschaften der Welt verantwortlich für über drei Viertel der globalen Treibhausgasemissionen. Die zentralen Vorzeichen, vor deren Hintergrund die Regierungen der Welt, inklusive derjenigen der G20, die globale Katastrophe abwenden wollen, wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 gesetzt. Also lohnt sich ein kurzer Blick auf die Ergebnisse von Paris.

Name-and-Shame-Prinzip

Die Klimaverhandlungen von Paris wurden von der Politik und den Medien als großer Erfolg gefeiert. Denn das Paris-Agreement sieht die Begrenzung der globalen Erwärmung auf „deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C" vor. Zusätzlich soll den Ländern des globalen Südens, die am stärksten unter den Veränderungen leiden werden und schon leiden, ab 2020 mit 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr bei der Abmilderung der Klimaschäden geholfen werden. Bei der Betrachtung der tatsächlichen Vereinbarung muss jedoch bezweifelt werden, ob sie als eine effektive Maßnahme angesehen werden kann. Das zentrale Instrument der Emissionsvermeidung sind die sogenannten INDCS, die „intended nationally determined contributions" (die national festgelegten beabsichtigen Beiträge zum Klimaschutz). Die Länder bestimmen ihre Absichten also selbst, es gibt keine festen Vorgaben. Sie sieht lediglich vor, dass die INDCS so ambitioniert sein sollen, dass sie dem vereinbarten Ziel dienen, also der Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter zwei Grad. Alle fünf Jahre sollen dann ambitioniertere INDCS vorgelegt werden. Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben sich die Länder völkerrechtlich verpflichtet solche Ziele festzulegen. Allerdings können die Länder völkerrechtlich weder dazu gezwungen werden, bestimmte Ziele zu formulieren, noch diese selbstgesetzten Ziele einzuhalten. Verbindlichkeit sollen die Ziele lediglich durch das sogenannte Name-and-Shame-Prinzip erhalten, indem die Staaten also für zu niedrige Ambitionen oder Nichteinhaltung der Ziele „kritisiert" werden.
Ob der erhobene Zeigefinger an dieser Stelle wirklich das richtige Instrument ist? Die Staaten mit den größten CO_2-Emissionen wie USA, die EU und China werden sich vor dem erhobenen Zeigefinger von wirklich betroffenen Staaten wie Bangladesh nur wenig fürchten.

Egal, was in Hamburg beschlossen wird: Das Problem wird nicht an der Wurzel gepackt.

Laut Kevin Anderson (Tyndall Center für Klimawandelforschung) sind wir auf dem Weg zu einem Temperaturanstieg auf mindestens vier Grad, wenn man nach den bisherigen Selbstverpflichtungen aller Staaten geht, die nicht einmal bindend sind. Es zeigt sich also eine große Diskrepanz zwischen der Verpflichtung, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur unter zwei Grad über vorindustriellem Niveau zu halten und den Beschlüssen. Vor dem Optimismus, der mit dem Pariser Abkommen verbunden ist, muss entschieden gewarnt werden. Mit den Worten des britischen Umweltaktivisten George Monbiots: Dass es überhaupt ein verbindliches Ergebnis gebe, sei zwar „ein Wunder verglichen mit dem, was hätte sein können", jedoch sei das Ergebnis „ein Desaster verglichen mit dem, was hätte sein müssen". Um eine Chance zu haben, das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, müssen mindestens 80% der fossilen Brennstoffe in der Erde bleiben.

Vor diesem Hintergrund ist die Absicht der Bundesregierung, das Thema Klimaschutz beim Treffen der G20 zu stärken, eine geschickte „Marketingstrategie". Ist die Weltgemeinschaft nicht dazu in der Lage, eine Strategie gegen die Katastrophe zu entwickeln, dann vielleicht die Staaten, die hauptverantwortlich sind. Befinden sich nicht auch die großen Blockierer des Pariser Abkommens im Kreis der G20? Das Zauberwort für die Bundesregierung heißt Ressourceneffizienz. Dies erscheint naheliegend.
Denn die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ist der Grund für jede Form von Umweltzerstörung, die das Klima schädigt, von der massiv fortschreitenden Zerstörung der Ökosysteme bis zum massiv fortschreitenden Verbrauch fossiler Energieträger. Die besondere Attraktivität von „Ressourceneffizienz" ist jedoch, dass sie das ultimative Ziel kapitalistischen Wirtschaftens nicht nur unangetastet lässt, sondern sogar unterstützt. Effizienz meint den Einsatz von weniger Ressourcen, um besser zum eigentlichen Ziel zu gelangen: Wirtschaftswachstum, Profit, Kapitalakkumulation.
Der Vorschlag der G20 ist also, das grundsätzliche Problem, den mit dem Kapitalismus untrennbar verbundenen Zwang zum Wachstum, unter dem schicken Titel „Ressourceneffizienz" zur Lösung zu machen. Ressourceneffizienz erweckt den Anschein, etwas zu unternehmen …

Überwindung des Systems

Egal, was in Hamburg beschlossen wird: Das Problem wird nicht an der Wurzel gepackt. Denn der Klimawandel hat seine Ursache im (fossilen) Kapitalismus, den die G20 repräsentieren und verwalten. Mit dem Festhalten am Wachstum ist die effektive Eindämmung des Klimawandels nicht vereinbar. Die G20 versuchen mit ihrer „Sorge" um den Klimawandel lediglich ihre Machtposition zu legitimieren, indem sie vorgeben, Lösungen für die globalen Probleme zu haben, die uns alle betreffen.
In den vergangenen Jahrzehnten haben die kapitalistisch organisierten Staaten bewiesen, dass sie kein Interesse an der Bekämpfung des Klimawandels haben oder einfach nicht in der Lage sind etwas zu unternehmen. Jetzt ist tatsächlich 5 vor 12 für die Rettung des globalen Klimas, aber dafür brauchen wir die Überwindung des Systems, das vorgibt, die Lösung zu sein, jedoch nicht nur ein Teil des Problems, sondern seine Wurzel ist.

Feministinnen aller Länder vereinigt euch!

Wider den liberalen Feminismus und seine neoliberalen Spielarten

Beim G20-Treffen müssen wir auch über Feminismus endlich wieder Klartext reden. Das bedeutet: Es müssen wieder Fronten aufgemacht werden, um zu sehen, wo eigentlich unser Feind steht.Eine marxistisch-materialistische Analyse der Geschlechterverhältnisse ist dabei unabdingbar.

Eine Front betrifft die Sphäre des Bewusstseins, der Ideologie, der Subjekte, die selbstverständlich auch historischem Wandel unterworfen sind. Warum wird heute wie gedacht? Die neoliberale Gestalt einer selbstbewussten emanzipierten Frau heute nimmt für sich in Anspruch, unter der Fahne von Selbstbestimmung, Unternehmerin ihres eigenen Lebens sein zu wollen. Sie fordert nicht mehr nur den Zugang zum Arbeitsmarkt, eine wichtige Forderung der 2. Frauenbewegung, der ist ihr schon lange zur Pflicht erklärt. Sie fordert auch das „Selbstbestimmungsrecht" über ihren Körper – auch eine Forderung der Frauenbewegung. Neoliberal gewendet führt dies unter der Hand zur freiwilligen Unterwerfung unter das Diktat von permanenter Selbstoptimierung und bedient männliche und kapitalistische Verwertungsinteressen und Schönheitsvorstellungen. So konnte man kürzlich zum internationalen Frauentag in einer Straßenzeitung lesen: „Frauen haben das Recht auf selbstbestimmte Sexualität, auf Schönheitsoperationen, ... Bruststraffung und Facelifting ..." Ergänzen ließe sich die Reihe noch mit social freezing, boomenden Schamlippenoperationen, dem Designerkind per präna taler Eugenik usw.
Wir beobachten heute ein Verschwindenlassen „der Frau" als Kollektiv und symbolischen Kontrapart zum „Mann" in der Geschlechterordnung zugunsten einer Auflösung in multiple, unzählige geschlechtliche Identitäten. Aber macht uns das nicht manchmal auch sprachlos, auf die unerträglichen Ungerechtigkeiten im Alltag bei uns und weltweit zu verweisen? Es stellt sich die Frage, ob nicht ein multiples flexibles Subjekt mit wahllos verschiedenen Identitäten den aktuellen Verwertungsbedingungen des Kapitalismus in der Krise des 21. Jahrhunderts doch sehr zupass kommt. Erklärt dies vielleicht die in der Breite sprachlos scheinende Frauenbewegung? Hier in Hamburg ist das jedenfalls nicht der Fall. Sowohl auf dem Gegengipfel, bei den Aktionen und auf der Demonstration sind wir nicht auf den Mund gefallen und werden uns laut Gehör verschaffen.

Wir wollen Klassenkampf!

Frauen in der Armutsfalle

Die andere Front betrifft die ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse, aus deren Analyse sich die nach wie vor für die Mehrzahl von Frauen unterlegene, dem Mann eben in keiner Weise gleichgestellte Position ergibt. Wie erklärt es sich, dass trotz jahrzehntelanger Gender-Politik die gesellschaftliche Stellung der Frauen sich nur unwesentlich verbessert hat? Nun werden einige sagen: „Moment mal, Frauen in Deutschand haben doch viel erreicht; Mädchen haben die besseren Schulabschlüsse; sie besuchen vermehrt Universitäten; sie haben Zugang zum Arbeitsmarkt; es werden mehr Krippenplätze angeboten; sie können sogar Kriegsministerin oder Bundeskanzlerin werden; und nicht zu vergessen die Quote für die drei Vorstandssitze, die von Männern ungeniert als Diskriminierung bezeichnet werden."
Aber die Fakten sind hinlänglich bekannt und erforscht: 90% der unbezahlten Arbeit sowie annähernd 80% der Teilzeitarbeit wird nach wie vor von Frauen geleistet. Altersarmut durch geringe Rentenansprüche ist hier vorprogrammiert. Überwiegend Frauen arbeiten in sozialen Berufen, die schlecht bezahlt sind. Frauen verdienen häufig weniger als Männer; Frauen sind Opfer von männlicher Gewalt und nicht umgekehrt. Alleinerziehende Mütter und ihre Kinder sind aus Prinzip armutsbedroht.

Feministinnen im Kampf gegen den neoliberalen Kapitalismus

Wie erklärt es sich, dass Frauen nicht aufmucken, obwohl sie objektiv die Leidtragenden und verschärfter Ausbeutung ausgesetzt sind? Wie erklärt es sich, dass allein schon die Aufzählung der Missstände nur ein müdes Achselzucken hervorruft? Es turnt überhaupt nicht an. Wieso?
Selbstbewusste Frauen wollen keine Opfer sein, heißt es. Positiv denken. Wir sind tough. Doch, Frauen, machen wir uns doch nichts vor: Das Patriarchat hat sich schon längst ganz anders aufgestellt und hat die Herrschaft über Frauen 1949 im Fordismus vorangetriebene Deproletarisierung der Gesellschaft, die durch die Agenda 2010 von der rot-grünen Koalition neoliberal vollendet wurde, machte im Übrigen nicht nur Frauen sprachlos, denn sie hatten angeblich alles erreicht, was die 2. Frauenbewegung gefordert hatte. Sprachlosigkeit wurde institutionalisiert, indem eine kollektive politische Interessenartikulation als „wir Frauen" als überholt und nicht mehr zeitgemäß aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verbannt wurde.
Gleichzeitig hat der Neoliberalismus entlang gesellschaftlicher Spaltung natürlich Gewinnerinnen hervorgebracht, die sich im liberalen Feminismus als „Top girls" oder „neue F-Klasse" suhlen und mit denen wir als Linke nichts mehr gemein haben. Das Patriarchat ist ungebrochen, hat sich allerdings geschickt verborgen, indem es im Rahmen neoliberaler Politik komplett die Reproduktion, das heißt Haushalt, Kindererziehung, Pflege unsichtbar gemacht hat. Entscheiden wir uns, auf welche Seite stellen wir uns? Solidarisieren wir uns, schließen wir uns zusammen, organisieren wir uns gegen die neuen Unterdrückungsmechanismen des Patriachats im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts und entdecken wir gemeinsam das, was wir wollen. Her mit dem guten Leben für alle!

Auf nach Hamburg
G20 versenken!

Hamburg gegen G20

Jetzt, da der G20-Gipfel unaufhaltsam näher rückt, vergeht in Hamburg kein Tag, an dem nicht in irgendeiner Form über das Großereignis berichtet wird.

Inzwischen hat man sich an den Anblick gewöhnt: Vor der Messehalle patrouilliert dauerhaft eine Polizeistreife, auch sonst hat die Präsenz Uniformierter in den umliegenden Viertel massiv zugenommen.
Vor allem im benachbarten Karolinenviertel haben Anwohner*innen und Gewerbetreibende allerdings schon lange die Schnauze voll. Bereits als der Bezirk vor dem OSZE-Gipfel im September 2016 zu einer Informationsveranstaltung lud, spürte er massiven Gegenwind von den etwa 700 Anwesenden. Die Erklärungsversuche für die Freiheitseinschränkungen und Kontrollen gingen in einem gellenden Pfeifkonzert unter. Wenig später hängten nahezu alle Gewerbetreibenden im Viertel karierte Fahnen in ihr Fenster: „OSZE. Du sollst hier nicht sein" und „OSZE. Geh wo du wohnst".
Es verwundert nicht, dass der Bezirk vor dem G20-Gipfel überhaupt keine Anstalten mehr unternimmt, die Anwohner*innen noch einmal einzubinden. Vermutlich würde solch ein Versuch kläglich scheitern. In einem Stadtteil, der eigenständig 2015 zur Stadtteilversammlung lud, als hunderte Geflüchtete in der Messehalle untergebracht wurden, und der ohne städtische Einrichtungen in wenigen Tagen eine breite Unterstützungsarbeit für die Menschen auf die Beine stellte. Rund ums Karoviertel formiert sich seit Wochen auch der G20-Widerstand. Zunehmend sieht man Parolen an den Wänden, veranstalten Kulturzentren Solidaritätskonzerte und finden erste Aktionen gegen den Gipfel statt.
Eine der bislang größten Demonstrationen mit etwa 3000 Menschen zog Ende April im Anschluss an ein Spiel des FC St. Pauli durch die Straßen. Zuvor hatte die Fanszene bereits im Stadion mit einer Choreo gegen den G20-Gipfel protestiert. Auch die Diakonie und das Straßenmagazin Hinz&Kunzt melden sich inzwischen zu Wort, weil augenscheinlich Obdachlose bereits Wochen vor dem Gipfel von ihren Plätzen vertrieben werden.
Gegen G20 sein, das gehört in vielen Teilen der Stadt allmählich zum guten Ton. Dass sich der Widerstand über den üblichen Kreis traditioneller Linker weitet, wird auch an den angekündigten Aktionen deutlich. Tage vor dem Gipfel wollen sich die Menschen die Straßen des Karoviertels zum „Massencornern" nehmen und für den Mittwoch vor dem Gipfel wurde inzwischen eine Nachttanzdemo mit viel, viel Bass angekündigt.

Karl Marx

„Aktuelle" Interviews zum G20-Gipfel

? *In Hamburg, wo du vor 150 Jahren dein „Kapital" veröffentlicht hast, trifft sich in diesem Jahr der G20-Gipfel. Was ist deren Problem? Was treibt diese Leute an und warum müssen sie sich treffen, sich im Weltmaßstab koordinieren?*

KM „Eine stets ausgedehntere Massenproduktion überschwemmt den vorhandnen Markt und arbeitet daher stets an Ausdehnung dieses Markts, an Durchbrechung seiner Schranken. Was diese Massenproduktion beschränkt, ist nicht der Handel (soweit dieser nur existierende Nachfrage ausdrückt), sondern die Größe des funktionierenden Kapitals und die entwickelte Produktivkraft der Arbeit. Der industrielle Kapitalist hat beständig den Weltmarkt vor sich, vergleicht, und muß beständig vergleichen, seine eignen Kostpreise mit den Marktpreisen nicht nur der Heimat, sondern der ganzen Welt."

? *Die G20 in diesem Jahr haben ein neues Narrativ, also eine neue Erzählung. Es geht um Unsicherheit, Risiko, Resilienz also Widerstandsfähigkeit sowohl der Ökonomie als auch der Menschen. Verwundert dich das?*

KM „Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus."

? *Warum ist dieses Treffen für das Weltkapital so wichtig? Was ist der Hintergrund und die Zielvorstellung?*

KM „Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden."

? *Trump spricht von Schutzzöllen. Andere meinen, das sei böser Protektionismus. Was soll man davon halten?*

KM „Übrigens ist das Schutzzollsystem nur ein Mittel, in einem Lande die Großindustrie aufzuziehen, das heißt, es vom Weltmarkt abhängig zumachen; und von dem Augenblick an, wo man vom Weltmarkt abhängt, hängt man schon mehr oder weniger vom Freihandel ab. Außerdem entwickelt das Schutzzollsystem die freie Konkurrenz im Innern eines Landes."

Die Crux der Produktivität

Von der Wachstums- zur Kapitalismuskritik

Was schenkt man jemandem, der schon alles hat? Noch ein Buch? Irgendwas Albernes? Viele schenken „Zeit". Das Wichtigste ist, etwas zu schenken, was nicht noch mehr Stress macht. Vielleicht eine Kanutour – aber kein ganzes Wochenende. Oder Kochen, Kuchen, Kino? Oder einfach da sein, zusammen sein, schließlich ist Quality Time die Primetime von 2017.

Dieses Geschenkeproblem kennen wahrscheinlich viele, wenn eine Geburtstagseinladung eintrifft, aber: Warum das alles? Wofür dieser ganze Konsum, diese Dinge, dieser Stress?
Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, selbst die G20 Vertreter*innen, die sich im Juli in Hamburg treffen werden, hielten Wachstumswahn für nicht zukunftsfähig; jedenfalls nicht im Sinne des „Wohlstands für alle".

Postwachstumsökonomie

Seit einigen Jahren wurden viele alternative Wirtschaftsmodelle entwickelt. Manche halten es für möglich, mithilfe einiger staatlicher Interventionen, z.B. eines bedingungslosen Grundeinkommens, die bestehende Marktwirtschaft wieder sozial zu gestalten. Der Schritt zu einer 20-Stunden-Arbeitswoche scheint nicht mehr weit. Die Menschen würden dann feststellen, dass „wahres" Wachstum nur ein „qualitatives" Wachstum ist. Es bliebe mehr Freizeit, mehr Kreativität und die Möglichkeit sich zu organisieren.
Dieser Blick auf das Wachstum wird vor allem von der Postwachstumsökonomie vertreten. Es ist naheliegend, dass die Wirtschaft nicht immer so weiterwachsen kann, denn der Planet hat natürliche Grenzen. Eine Postwachstumtsökonomie verfolgt das Ziel der Wirtschaftsrücknahme. Der Merksatz dazu lautet: So regional wie möglich, so global wie nötig (Niko Paech). Ökonomie soll also wieder regionalisiert werden, um diese zu entflechten, übersichtlicher und menschenfreundlicher zu gestalten. So einfach, so gut. Oder?

Die Crux der Produktivität

Doch was meint eigentlich Wachstum? Oder besser gefragt: Woher kommt das Wachstum? Lässt sich Wachstum einfach abstellen?
Wenn sich die G20-Vertreter*innen in Hamburg treffen und über „Wachstum" sprechen, entscheiden sie sich nicht einfach dafür oder dagegen. Stattdessen ist Wachstum eine notwendige Bewegung im Kapitalismus. Auch wenn es manchmal den Anschein hat, als wäre es so, werden ja nicht Waren mit dem Ziel produziert, Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um aus dem investierten Geld mehr Geld zu machen. Die Produktion und mit ihr die Bedürfnisbefriedigung ist Mittel zum Zweck und nicht der Zweck selbst. Es geht schließlich darum, dass das vorgeschossene Geld mittels Produktion und Verkauf vermehrt wird. In diesem Fall wird Geld zu Kapital. Nun wird diese Bewegung durch eine andere Bewegung, die Konkurrenz, ergänzt. Auch diese ist keine moralische Einstellung, sondern notwendige Gegebenheit in einer Marktwirtschaft. Die Konkurrenz zwingt die einzelnen Produzenten zu mehr Produktivität (mehr Effizienz, bessere Technologien usw.), um einen Marktvorteil zu erlangen. Hier steckt gleichzeitig auch des Pudels Kern. Eine höhere Produktivität verringert den Wert der einzelnen Ware, deshalb müssen und können

Es gilt, in Hamburg für eine Welt jenseits von Wertform und Produktivitätszwang einzustehen.

mit jeder effizienteren Technologie mehr Waren produziert werden. Der Prozess ist denkbar einfach. Um Mehrwert zu realisieren, müssen die Unternehmen sich auf dem Markt behaupten. Das geschieht durch erhöhte Produktivität, die gleichzeitig die einzelnen Waren entwertet und auf Grund der Marktkonkurrenz wird dieser Prozess angeheizt. Ergebnisse sind ständig wachsende Produktivität, ständig wachsende Märkte mit den ganzen bekannten Nebeneffekten (Umweltzerstörung, psychische und physische Krankheiten usw.). Doch entscheidend ist, dass dieser Prozess letztendlich nicht durch die Entscheidung für mehr oder weniger Wachstum gesteuert wird. Weniger Wachstum ist faktisch ein Konkurrenznachteil.

Das passende Geschenk

Die Analyse des Kapitalismus und die politische Interpretation der G20 wirken sich auch auf die Art des Protestes in Hamburg aus. Es reicht nicht, nach Hamburg zu fahren und Vorschläge für einen „gemäßigten" Kapitalismus, eine „soziale Marktwirtschaft" einzureichen oder – was angesichts des Sicherheitsapparats realistischer wäre – diese vom Absperrgitter reinrufen zu wollen. Es gilt, sich zu organisieren und der Welt und den G20 zu sagen: Wir wollen keinen Kapitalismus. Es gilt, in Hamburg für eine Welt jenseits von Wertform und Produktivitätszwang einzustehen. Oder wie es vor ein paar Jahren auf einem großen Blockupytransparent hieß: „Crisis demands decision – let's choose communism."
In diesem Jahr ist also das passende Geburtstagsgeschenk ein Ticket nach Hamburg im Juli und das passt für diejenigen, die schon alles haben und für diejenigen, denen es an allem fehlt. Den Kapitalismus überwinden wir nur gemeinsam und Hamburg wird ein Ort auf dem Weg dahin sein.

»In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder ... in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion.«
– Karl Marx –

Solidarität mit Rojava

Ein gesellschaftliches Experiment inmitten des Krieges

Der syrische Präsident Bashar al-Assad hat nicht allein die Bevölkerung seines Landes durch Fassbomben, chemische Waffen und eine Politik der verbrannten Erde zu Millionen in die Flucht geschlagen. Er hat durch die Kriegsführung in Syrien auch zu einer dschihadistischen Mobilisierung von globaler Dimension beigetragen.

Die Gewalt dieses Krieges hat die ethnisch-religiöse Pluralität der Bevölkerungen in Syrien und dem Irak nahezu unwiderruflich zerstört. Genannt seien hier exemplarisch die Glaubensgemeinschaften der Ēzīdī, oder auch die christlichen Assyrer und schiitischen Schabak der nordirakischen Nineve-Ebene nahe Mossuls. Sie alle fielen dem Furor des Islamischen Staates zum Opfer. Dessen Mobilisierung hat die internationalen Massen angezogen. Ihnen gegenüber steht das demokratische Experiment von Rojava. Die Kurd*innen Syriens verweigern sich gleichermaßen dem repressiven arabischen Zentralismus, wie er von Assad repräsentiert wird, und dem reaktionären Islamismus des IS. Sie haben unter den Bedingungen des Krieges ein föderales und vergleichsweise freies Gemeinwesen innerhalb der syrischen Bürgerkriegswelten begründet. Schon jetzt ist das syrische Kurdistan für Kurd*innen weltweit das, was Palästina früher einmal für viele linke Araber*innen war. Eine progressive Idee, die verteidigt, wird, egal wo man lebt, weil sie die eigene Anerkennung miteinschließt und einen Griff in eine bessere Zukunft symbolisiert.

Solidarität in widerspruchsvollen Zeiten

Mit dem globalen Anspruch des Islamischen Staates kann es Rojava allerdings nicht alleine aufnehmen. Insoweit ist die linke Solidarität kein Privileg, sondern tatsächlich etwas Überlebensnotwendiges. Dies betrifft auch durchschlagende Formen des Beistands von gänzlich unerwarteter Seite. Ohne die Unterstützung durch die USA hätte beispielsweise Kobane nicht verteidigt werden können. Fakt ist, dass in Rojava aktuell linke Internationalist*innen und US-Soldaten gemeinsam mit Einheiten der YPG und YPJ gegen den IS kämpfen. Das anzuerkennen mildert kein Verbrechen der imperialen Interventionen der USA im Nahen Osten.
Auf die Frage, was Rojava mit dem Widerstand gegen den G20-Treffen zu tun hat, bekommt man dort keine wirkliche Antwort. Das G20-Treffen ist zu abstrakt, der Krieg ist zu konkret. Natürlich wissen die kurdischen Kämpfer*innen das Donald Trump kein Linker ist. Aber seit seiner Präsidentschaft wurden die Syrian Democratic Forces (SDF) und damit auch die YPG-Einheiten mit neuen Waffen und gepanzerten Fahrzeugen ausgestattet. Es war zuerst Obama und jetzt Trump, der den türkischen Truppen ein Angriffsverbot auf Rojava auferlegte – und zugleich Erdoğan die Carte blanche zum Abschuss der PKK ausstellte. Auch das wissen alle Kurd*innen besser als alle europäischen Linken.

Insoweit ist die linke Solidarität kein Privileg, sondern tatsächlich etwas Überlebensnotwendiges.

Revolutionärer Pragmatismus

Die politisch Verantwortlichen in Rojava bleiben dennoch ihrem revolutionären Pragmatismus treu. Dazu gehört auch, dass der kurdische PYD-Vorsitzende Salih Muslim die USA nach dem jüngsten Angriff auf die syrische Luftwaffenbasis aufforderte, nicht nur das syrische Regime für den Einsatz von Giftgas zur Rechenschaft zu ziehen.
„In den letzten Jahren", so Muslim, „wurden chemische Waffe auch von anderen Parteien benutzt, etwa in Sheik Maqsoud (kurdisches Viertel in Aleppo, Anm.), in Rojava und in Raqqa". Stehen wir daher in Hamburg auch für ein Ende dieses grausamen Krieges ein: Kein Giftgas, keine Fassbomben, kein Kopfabschneiden mehr. Für ein demokratisches Syrien für alle Syrer*innen. Für ein freies Kurdistan.

Refugees Welcome?

Der Kampf der Geflüchteten für ihre Rechte begann in Hamburg weit vor dem langen Sommer der Migration. Im Frühjahr 2013 artikulierte erstmals die Lampedusa-Gruppe ihre Forderungen auf ein Bleiberecht. Es folgte eine monatelange, wenn auch schlussendlich erfolglose Protestwelle. Was blieb, war eine große Bereitschaft in Teilen der Bevölkerung für die Aufnahme weiterer Geflüchteter. Das zeigte sich im Spätsommer 2015, als Hunderte in den Messehallen – dem künftigen Treffpunkt der G20 – provisorisch untergebracht wurden. Rund um das benachbarte Karolinenviertel forderten die Menschen: Refugees Welcome. Bis heute engagieren sich viele Unterstützer*innen und Geflüchtete im Bündnis „never mind the papers". Der Zusammenschluss sieht sich allerdings vielfach konfrontiert mit Abwehrkämpfen: Bürgerinitiativen aus dem Stadtrandgebiet machen seit Monaten Stimmungen gegen „Großsiedlungen". Gegner der Geflüchteten und ihrer Unterstützer ist nicht mehr länger nur die Politik, die mit dem Bau angemessener Unterkünfte kaum vorankommt, sondern auch Bürger, die vor allem mit Klagen versuchen weitere Unterkünfte für die Ankommenden zu verhindern.

Ernst Bloch

„Aktuelle“ Interviews zum G20-Gipfel

? *Ernst, du bist der Philosoph der Hoffnung. Wie siehst du den Zustand der Welt?*

EB „Die Zeit fault und kreißt zugleich. Der Zustand ist elend oder niederträchtig, der Weg heraus krumm. Kein Zweifel aber, sein Ende wird nicht bürgerlich sein."

? *Das heißt also, wir können hoffnungsvoll sein, weil Rebellion aus Hoffnung entsteht. Und trotz aller Schwierigkeiten können wir optimistisch in die Zukunft blicken?*

EB „Optimismus ist daher nur als militanter gerechtfertigt, niemals als ausgemachter; in letzterer Form wirkt er, dem Elend der Welt gegenüber, nicht bloß ruchlos, sondern schwachsinnig.“

? *Verstehen wir dich richtig? Du drehst den Satz um. Damit Hoffnung entsteht braucht es auch die Rebellion. Aber wie geben wir dem, was wir wollen, eine Orientierung, eine Richtung?*

EB „Das Morgen (lebt) im Heute ... , es wird immer nach ihm gefragt. Die Gesichter, die sich in die utopische Richtung wandten, waren zwar zu jeder Zeit verschieden, genauso wie das, was sie darin im einzelnen, von Fall zu Fall, zu sehen meinten. Dagegen die Richtung ist hier überall verwandt, ja in ihrem noch verdeckten Ziel die gleiche ...“

? *Ok, die Richtung kann nie eine individuelle sein, sie muss eine gemeinsame, kollektive sein, nicht nur hier und jetzt, sondern auch in der Geschichte. Aber wie weit müssen wir gehen?*

EB „Der Mensch lebt noch überall in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor Erschaffung der Welt, als einer rechten. Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch.“

? *Und was rätst du uns für den G20-Gipfel in Hamburg?*

EB „Ich bin. Wir sind. Das ist genug. Nun haben wir zu beginnen. In unsere Hände ist das Leben gegeben. Für sich selber ist es längst schon leer geworden. Es taumelt sinnlos hin und her, aber wir stehen fest, und so wollen wir ihm seine Faust und seine Ziele werden.“

Für eine Linke, die dazwischen geht!

Die Interventionistische Linke ist ein Zusammenschluss aus bestehenden Gruppen, lokalen Neugründungen unter diesem Namen und Einzelpersonen aus über 30 Städten auf dem Weg zu einer überregionalen Organisation. Die IL ist unter anderem in sozialen, antirassistischen, feministischen und Klimakämpfen aktiv und engagiert sich in den Bereichen Antifaschismus und Antikriegspolitik. Wir wollen eine radikale Linke, die aktiv nicht nur gegen die Zumutungen und Grausamkeiten, sondern gegen den Kapitalismus insgesamt kämpft, die dabei immer wieder neue Allianzen sucht, die Brüche vertieft und Chancen ergreift, die lieber Fehler macht und aus ihnen lernt, anstatt sich im Zynismus der reinen Kritik zu verlieren. Mehr dazu im Zwischenstandspapier der IL unter: www.interventionistische-linke.org.

Die IL ist zu finden in Aschaffenburg, Berlin, Bielefeld, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Freiburg, Göttingen, Graz, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Leipzig, Lübeck, Mannheim, Marburg, München, Münster, Norderstedt, Nürnberg, Rhein-Neckar, Rostock, Stuttgart, Tübingen und Wien.

Impressum

Interventionistische Linke, c/o Libertad!
Gneisenaustraße 2a
D-10961 Berlin

http://interventionistische-linke.org
kontakt@interventionistische-linke.de
ViSdP: Mercedes Sosa, Rutschbahn 20, 20146 Hamburg
Auflage: 50 000, Eigendruck im Selbstverlag
Diese G20-Zeitung wurde gefördert von Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.
Illustrationen Luxemburg, Marx, Bloch: www.zersetzer.com |||| ||| freie grafik

Migration managen

Zwischen Abschottung und ökonomischer Verwertbarkeit

Trumps Migrationspolitik ist in aller Munde und sorgt weltweit für Protest: Der propagandistisch ausgeschlachtete Mauerbau, der Versuch Einreiseverbote durchzusetzen, seine fortwährenden verbalen Ausfälle gegen Migrant*innen und die drohenden Massendeportationen von illegalisierten Menschen aus Lateinamerika, die teilweise jahrzehntelang in den USA leben, stoßen überall auf Empörung.

Auch andere G20-Staaten gehen deshalb verbal deutlich auf Distanz zu Trump: „Europa darf sich niemals einigeln, abschotten und zurückziehen“, so Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung. Sie bezieht sich aber dabei keineswegs auf die Migrations-, sondern auf die Handelspolitik. Hier nämlich tut sich im Moment der größte Dissens zwischen der US-amerikanischen Politik von Donald Trump und der EU auf: Setzt man auf globalen Freihandel, wie die EU es möchte, oder auf nationalen Protektionismus? Wer sich für freien Verkehr der Waren einsetzt, muss deshalb nicht notwendigerweise auch auf Bewegungsfreiheit von Menschen setzen. So geht das Sterben im Mittelmeer weiter wie bisher. Allein 2017 überquerten 22000 Menschen das Mittelmeer, 580 starben bei dem Versuch. Unter den EU-Politiker*innen ist die Frage von sicheren und legalen Fluchtwegen in die EU kaum ein Thema. Dafür wird Kritik an den vielen freiwilligen Helfer*innen laut, die im Mittelmeer unterwegs sind und versuchen Menschen zu retten: Sie ermutigten Geflüchtete zur Überfahrt und belebten das Geschäft der Schlepper.

Einen entschiedenen Anti-Trump-Kurs fahren aber auch andere G20-Staaten eher auf der diskursiven Ebene als in der Realität. So ließ der kanadische Premierminister Trudeau zwar nach Trumps verbalen Ausfällen durchaus verlauten, dass Kanada beim Refugees-Welcome-Kurs bleiben wolle. Als bekannt wurde, dass immer mehr Migrant*innen aus den USA versuchen, die Grenze nach Kanada zu überqueren und dafür auch beschwerliche und gefährliche Wege bei winterlichen Temperaturen auf sich nehmen, kündigte er dennoch an, den Grenzschutz ausbauen zu wollen.

Man mag sich hier und da also über das genaue Ausmaß der Abschottung auch hinsichtlich der Migrationspolitik uneinig sein, man kann sich des Eindrucks aber kaum erwehren, dass es sich hier eher um Detailfragen und diskursive Unterschiede handelt.

Krisen managen statt lösen

Auf der internationalen-politischen Ebene, auf der die G20-Staaten in Hamburg verhandeln werden, ist Migrationspolitk vor allem eins: eine Aufgabe des Herrschens und Regierens durch das Management. Das Ziel dieses Managements ist es dabei nicht, das, was als weltweite Flüchtlingskrise bezeichnet wird, einer dauerhaften und endgültigen Lösung zuzuführen, die ja nur darin liegen könnte, die Bedingungen, die Menschen massenhaft zur Flucht oder Migration bewegen, radikal zu ändern: die wirtschaftliche Ungleichheit, Armut, Perspektivlosigkeit, Verwüstung weiter Landstriche, Landgrabbing, Klimawandel, die alle mit dem neoliberalen Kapitalismus zusammenhängen. Da an dieser Grundstruktur gerade nicht gerüttelt werden soll, geht es also darum, Migration zu managen und dadurch regierbar zu machen und eine Form der Integration zu finden, die dem Wirtschaftswachstum und der politischen Stabilität dienlich ist.

Ökonomische Nachhaltigkeit

Nachdem der Sommer 2015 in der EU einen Moment lang die Regierbarkeit infrage gestellt hatte, indem Menschen Zäune und Grenzen überquerten und damit die Mauern der Festung Europa zum Einsturz zu bringen schienen, wird diese bereits seit dem Herbst 2015 durch massive Maßnahmen wiederhergestellt. Seitdem erleben wir die vermehrte Bemühung, das Management zu optimieren und die Spielräume darin enger zu stricken. Deshalb wurde, mangels besserer Alternativen, das Dublin-System schnell wieder hergestellt und der Erdoğan-Merkel-Deal ausgehandelt, der die Türkei zur Türsteherin der EU macht. Und weitere Deals sind in Planung: Migrationsmanagement soll damit immer weiter vor die Tore der EU ausgelagert werden, nach Ägypten, Libyen, Mali, Niger.

Von den wenigen, die es dann noch schaffen, an ihr Ziel zu gelangen, werden noch weniger bleiben können. Das Kriterium dafür ist innenpolitisch gesehen ihre ökonomische Nützlichkeit: wer bereit und fähig ist, sich den ökonomischen Erfordernissen soweit es geht anzupassen und damit seinen oder ihren Teil zum Wirtschaftswachstum beizutragen, wird vielleicht bleiben können. Einen Rechtsanspruch darauf wird er oder sie immer weniger einklagen können. So wird auch die Migrationspolitik zunehmend zu einem Feld, auf dem an den Schwächsten der Gesellschaft vorexerziert wird, was das Menschenbild des neoliberalen Kapitalismus für alle bereithält: den permanenten Zwang zur Bewährung und eine damit einhergehende permanente Verunsicherung.

Ansprüche und Rechte eines Menschen werden hier nämlich nicht an die individuelle Bedürftigkeit gebunden, sondern an die ökonomische Verwertbarkeit. Wenn wir also gegen die G20 protestieren und deren Politik des zynischen Kapitalismus anklagen, dann werden wir vielleicht auch erkennen, dass die hier vorherrschende Migrationspolitik nicht nur die Rechte der Geflüchteten mit Füßen tritt, sondern in ihrer Logik auch eine Bedrohung für die Rechte der Menschen in den G20-Staaten darstellt.